

Berlin, 22.05.2024

Pressemitteilung des PsyFaKo e.V. zur Ankündigung einer Kundgebung zur Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung

„Psychotherapie in Gefahr - Weiterbildung finanzieren“ - unter diesem Motto ist am Donnerstag, den 06.06.2024, eine Kundgebung von Psychologiestudierenden in Berlin geplant. Mit einer Demonstration von 12 bis 15 Uhr vor dem Bundestag wollen die Studierenden als zukünftige Psychotherapeut*innen in Weiterbildung auf die unzureichenden gesetzlichen Regelungen zur Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung im Gesetz zur Stärkung der Gesundheit in der Kommune (GVSG) aufmerksam machen. Mit der Kundgebung demonstrieren die Studierenden und Unterstützer*innen für ihre Zukunft und eine gesicherte zukünftige psychotherapeutische Versorgung in Deutschland.

Seit September 2020 besteht der Qualifizierungsweg für Psychotherapeut*innen aus einem Studium und einer anschließenden fünfjährigen Weiterbildung. Die Heilberufsgesetze der Länder sehen vor, dass die gesamte Weiterbildung als Fachpsychotherapeut*in hauptberuflich, in gesicherten Anstellungsverhältnissen und mit einem angemessenen Gehalt erfolgt. Dazu zählen sowohl die ambulante als auch die stationäre psychotherapeutische Weiterbildung. Der Handlungsbedarf ist äußerst dringend, da es bereits Absolvent*innen der neuen Studiengänge und in der Folge die ersten neuapprobierten Psychotherapeut*innen gibt. Ihre Zahl wird bis 2025 jährlich auf mindestens 2.500 steigen. Auch diesen ersten Generationen muss es möglich sein, ohne große Verzögerungen unter den gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen die Weiterbildung zum*zur Fachpsychotherapeut*in zu absolvieren und anschließend mit den gesetzlichen Krankenkassen abrechnen zu können. Bisher gibt es jedoch nahezu keine Weiterbildungsplätze und keine gesetzliche Grundlage für deren Finanzierung. Hierfür bedarf es einer umgehenden gesetzlichen Regelung im GVSG, die das Bundesgesundheitsministerium jedoch im Kabinettsbeschluss versäumt hat. Es finden sich zwar Regelungen zur Weiterbildung in Weiterbildungsambulanzen im GVSG, jedoch keine Regelungen für die Weiterbildung in Praxen und Kliniken. Insgesamt wird mit dem Gesetz keine ausreichende Finanzierung der Weiterbildungsstellen sichergestellt und somit schafft das Gesetz keine Grundlage zur Sicherung des psychotherapeutischen Nachwuchses. Daher muss im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren im GVSG nachgebessert werden, um die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland sowie die berufliche Zukunft der nächsten Generation Psychotherapeut*innen zu gewährleisten.

Bereits im letzten Jahr haben wir mit einem bundesweiten Aktionstag zur Finanzierung der Weiterbildung auf den Handlungsbedarf aufmerksam gemacht sowie mit einer Kundgebung im April 2024 anlässlich des 44. Deutschen Psychotherapeutentags in Würzburg. Zudem wurde von Felix Kiunke, Absolvent des Masterstudiengangs Klinische Psychologie und Psychotherapie, eine

gemeinsame Petition des Berufsstandes mit 72 000 Mitschriften eingereicht. Da alle bisherigen Bemühungen und Sorgen nicht ausreichend berücksichtigt wurden, ist es für uns Studierende Zeit, wieder laut zu werden und für unsere Rechte und für angemessene Bedingungen während der Weiterbildung zu kämpfen, wie wir es schon bei der Einführung der Reform getan haben.

Pressekontakt:

Konferenzrat des PsyFaKo e.V.

Ansprechperson: Luisa Baumgärtner | E-Mail: konrat@psyfako.org

AG Psychotherapie-Reform des PsyFaKo e.V.

Ansprechperson: Sophie Hartmann | E-Mail: psychthg@psyfako.org